

## **ÖHGB Prunbauer zum sozialen Wohnbau: Klientelpolitik und Populismus sind zu wenig**

*Sowohl die Vorschläge von Rot und Grün gehen am Ziel der gerechten Verteilung vorbei – ein regelmäßiger Gehaltsnachweis über Arbeitnehmerveranlagung zur sozialen Gerechtigkeit*

„Uns muss klar sein, dass die derzeitigen Regelungen im sozialen Wohnbau die soziale Treffsicherheit vermissen lassen“, so bringt Martin Prunbauer, Präsident des Österreichischen Haus und Grundbesitzerbundes (ÖHGB) die derzeitige Situation in Wien auf den Punkt. Fakt ist: 47 % der Mieter aus den oberen Einkommen (über 180 % des Medianeinkommens) leben in einer Gemeindewohnung oder gemeinnützigen Genossenschaftswohnung, 51 % der Mieter mit niedrigem Einkommen (weniger als 60 % des Medianäquivalenzeinkommens) versorgen sich auf dem privaten Markt.

Das Problem liegt nicht nur bei der Erstvergabe der Wohnungen, sondern vor allem an der Unkündbarkeit auch wenn schon lange keine Förderungswürdigkeit mehr besteht. „Ich frage mich, was das mit sozialer Gerechtigkeit zu tun hat. Der Grundgedanke des sozialen Wohnbaus wird im aktuellen System ad absurdum geführt“, so Prunbauer.

### **Staffelung der Mieten nach Einkommen – mit jährlichem Gehaltsnachweis**

Die Lösung liegt für den ÖHGB auf der Hand: Altmieten sind auf das angemessene Maß anzuheben – wie das bereits in anderen Ländern geschieht. „Hier gilt es eine Gerechtigkeit herzustellen! Wer schon nicht mehr förderungswürdig ist, soll auch einen entsprechenden Preis im kommunalen Wohnbau zahlen“, so der ÖHGB Präsident. Die Mehreinnahmen müssten zweckgebunden jenen zu Gute kommen, die obwohl sie förderwürdig sind, im sozialen Wohnbau nicht unterkommen und daher auf dem privaten Markt Wohnungen suchen müssen.

Auf diese Weise könnte eine echte soziale Durchmischung im privaten wie auch im sozialen Wohnbau stattfinden“, so Prunbauer, der weiter ausführt: „Auch das Argument der bürokratischen Hürden hat sich mit der Steuerreform in Gestalt der automatischen Arbeitnehmerveranlagung erledigt. Da könnte man gleich den Gehaltsnachweis einpflegen und somit die Förderwürdigkeit ohne großen Aufwand überprüfen lassen.“

### **Ludwig-Modell unausgereift und ausgrenzend – grünes Modell fördert Ghettobildung**

Kritisch sieht Prunbauer die beiden Modelle der SPÖ und den Grünen: „Das Modell von Stadtrat Ludwig hat interessante Ansatzpunkte ist jedoch unausgereift und grenzt eindeutig aus. Das Grüne Modell birgt die Gefahr der Bildung von Ghettos. Das würde der Stadt und allen bisherigen Bewohnern



Österreichischer  
Haus- und  
Grundbesitzerbund

Kompetenz unter einem Dach

nicht gut tun.“ Beide Modelle bedienen laut Prunbauer erneut nur die Erstvergabe und bieten keine Lösung für die Fehlbelegungen.

Rückfragehinweise:

**Österreichischer Haus-und Grundbesitzerbund**

Florian Gross, B.A., M.A.

Pressesprecher (Of Counsel)

A-1010 Wien, Landesgerichtsstraße 6

Mobil: +43 676 87 42 91 76

Internet: [www.oehgb.at](http://www.oehgb.at)

Email: [florian.gross@oehgb.at](mailto:florian.gross@oehgb.at)